Neue Gütersloher Zeitung.

Nebst wöchentlicher Gratis-Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt".

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1 Mark 50 Pfg. inklusive Botenlohn.

Erscheint dreimal wöchentlich, und zwar am **Dienstag, Donnerstag** und **Samstag abend.** Expedition in Gütersloh, Berlinerstraße 319.

Insertionspreis: Die einspaltige Garmondzeile oder deren Raum 10 Pfg., bei 4maliger Wiederholung 25% Rabatt. Reklamen 25 Pfg.

№ 142. | Druck und Verlag: Schmäling & Hildebrock in Gütersloh. | Freitag, 25. November 1892. | Verantwortlicher Redakteur: Johannes Vogt in Gütersloh. | 3. Jahrg.

Die Eröffnung des Reichstags.

Dienstag mittag um 12 Uhr fand die feierliche Eröffnung des durch Kaiserliche Verordnung vom 26. Oktober einberufenen Reichstags im Rittersaale des Königlichen Schlosses durch Seine Majestät den Kaiser statt.

Der Eröffnung ging ein Gottesdienst vorher, wie in voriger Nummer angegeben.

Nach Beendigung der kirchlichen Feier nahmen die Abgeordneten zum Reichstag im Rittersaale, dem Throne gegenüber, Aufstellung. Wegen des beschränkten Raumes in diesem Saale war von der sonst üblichen Einladung der Generalität, der Wirklichen Geheimen Räte ꝛc. abgesehen worden; ebenso war wegen Mangels aller größeren Tribünen im Rittersaal weder das diplomatische Korps eingeladen noch irgend welches Publikum zugelassen worden.

Sobald die Abgeordneten zum Reichstag versammelt waren, erschienen die Bevollmächtigten zum Bundesrat und stellten sich links vom Thron auf.

Alsdann erschienen Seine Majestät in Begleitung der hier anwesenden Prinzen des Königlichen Hauses sowie der deutschen Fürstenhäuser nebst Gefolge. Der Kaiser wurde beim Eintritt von der Versammlung mit einem dreimaligen Hoch empfangen, das von dem bisherigen Präsidenten des Reichstags, Wirklichen Geheimen Rat von Levetzow ausgebracht wurde.

Hierauf nahm der Kaiser aus der Hand des Reichskanzlers, Generals der Infanterie Grafen von Caprivi die Thronrede entgegen und verlas sie, das Haupt mit dem Helm bedeckt, wie folgt:

Geehrte Herren!

Beim Eintritt in Ihre Beratungen heiße Ich Sie zugleich im Namen Meiner hohen Verbündeten willkommen.

Der Rückblick auf den seit Ihrer letzten Tagung verflossenen Zeitraum gewährt ein nicht ungünstiges, wenn auch nicht in allen Beziehungen erfreuliches Bild. Auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens sind berechtigte Erwartungen vielfach nicht in Erfüllung gegangen. Der Absatz der Erzeugnisse der vaterländischen Arbeit hat sich in seinem Umfange und in seinem Ertrage nicht durchweg auf der Stufe befunden, welche unserem wirtschaftlichen Interesse entspricht. Daneben hat die in einzelnen Teilen des Reichs aufgetretene, nun aber, Dank der kräftigen Abwehr, als getilgt zu betrachtende Seuche dem inneren Verkehr empfindliche Schranken auferlegt und dem Wohlstande unserer ersten Seehandelsstadt beklagenswerte Wunden geschlagen, welche das aufrichtige Mitgefühl der Nation finden.

Im Hinblick jedoch auf die im allgemeinen gesegnete Ernte und auf die bisher von Erfolg begleiteten Bemühungen der verbündeten Regierungen, der deutschen Arbeit neue und erleichterte Absatzwege zu verschaffen, gebe Ich Mich der Erwartung hin, daß wir zu einem kräftigeren Aufschwunge der wirtschaftlichen Thätigkeit gelangen werden, sofern uns der Friede, dessen Pflege Mir und Meinen hohen Verbündeten am Herzen liegt, erhalten bleibt.

Bei den freundlichen Beziehungen, in welchen wir zu allen Mächten stehen, und in dem Bewußtsein, daß wir bei der Verfolgung des gemeinsamen Zieles auch ferner der dankenswerten und wirksamen Unterstützung der mit uns verbündeten Staaten und zu erfreuen haben werden, darf Ich die Hoffnung hegen, daß Deutschland in dem friedlichen Bestreben, seine idealen und wirtschaftlichen Interessen zu fördern, nicht werde gestört werden.

Gleichwohl macht es uns die Entwickelung der Wehrkraft anderer europäischer Staaten zur ernsten, ja gebieterischen Pflicht, auch unsererseits auf die Fortbildung der Verteidigungsfähigkeit des Reichs mit durchgreifenden Mitteln Bedacht zu nehmen. Jener Entwickelung gegenüber dürfen wir nur bei Durchführung des bewährten Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht erwarten, daß diejenigen Eigenschaften unseres Heeres, auf welchen seine Kraft und sein Ruhm beruht, Deutschland die bis dahin unter den Mächten eingenommene achtunggebietende Stellung auch für die Zukunft sichern werden.

Von dieser Ueberzeugung einmütig durchdrungen, schlagen Ihnen die verbündeten Regierungen die Annahme eines Gesetzentwurfs vor, welcher, indem er die Friedenspräsenzstärke des Heeres anderweit regelt, die volle Ausnutzung unserer Wehrkraft ermöglicht. Sie verkennen dabei nicht die Größe des von der Nation zu bringenden Opfers. Allein sie vertrauen mit Mir, daß mehr und mehr die Notwendigkeit dieses Opfers anerkannt werden und daß der patriotische Sinn des Volkes bereit sein wird, diejenigen Lasten zu übernehmen, welche für Ehre und Sicherheit des Vaterlandes getragen werden müssen.

In dem Bestreben, diese Lasten thunlichst zu erleichtern, wird die Dienstpflicht im Heere bis zu der militärisch als zulässig erkannten Grenze thatsächlich eingeschränkt werden. Daneben wird durch die erweiterte Ausbildung und Verwendbarkeit der jüngeren Kräfte für den Heeresdienst nicht allein eine empfindliche Ungleichheit in der Erfüllung der Wehrpflicht, sondern auch der wirtschaftliche und militärische Nachteil abgemindert, welcher die Heranziehung der älteren Jahrgänge mit sich bringt. Zugleich wird diesen Jahrgängen eine Schonung zu teil werden, deren sie sich bei den gegenwärtigen Einrichtungen nicht zu erfreuen haben.

Um den Haushalt der einzelnen Bundesstaaten mit der Aufbringung der für die Verstärkung der Armee erforderlichen Mittel nicht zu beschweren, besteht die Absicht, diese Mittel durch die Erschließung neuer Einnahmequellen für das Reich zu beschaffen. Demzufolge unterliegen gegenwärtig der Beschlußnahme des Bundesrats Gesetzentwürfe, welche auf eine anderweite Besteuerung des Biers, des Branntweins und gewisser Börsengeschäfte abzielen.

Ungeachtet der nicht unerheblichen, im allgemeinen innerhalb der planmäßigen Grenzen sich haltenden oder auf rechtlichen Verpflichtungen beruhenden Mehrausgaben, welche der Reichshaushalts-Etat für das nächste Jahr in Aussicht nimmt, werden die Bundesstaaten in den ihnen gebührenden Ueberweisungen eine mehr als ausreichende Deckung für die allen gemeinsamen Matrikularbeiträge vom Reiche empfangen.

Mit Rücksicht auf die Ansprüche, welche die zur Fortbildung unserer Heereseinrichtungen bestimmte Vorlage und die damit in Verbindung stehenden Steuergesetzentwürfe an Ihre Arbeitskraft stellen, werden Ihnen, außer dem Etat, von den verbündeten Regierungen nur solche Vorlagen zur Beschlußfassung zugehen, deren Erledigung besonders dringlich erscheint.

Meine Herren! Indem Ich Sie einlade, in Ihre Geschäfte einzutreten, weiß Ich, daß es der besonderen Aufforderung, die Beratungen in vaterländischem Geiste zu pflegen, nicht bedarf. Der feste Wille der Nation, das Erbe der Väter zu wahren, den Frieden zu sichern und dem geliebten Vaterlande seine teuersten Güter zu erhalten, wird — das ist Meine Zuversicht — zu einer Einigung über den von Mir und Meinen hohen Verbündeten Ihnen vorgeschlagenen Weg führen. Geschieht dies, so wird das Reich im Vertrauen auf Gott und auf die eigene Kraft der Zukunft ohne Sorge entgegengehen dürfen!

Nach Verlesung der Thronrede trat der Reichskanzler vor den Thron und erklärte den Reichstag für eröffnet.

Der Kaiser verließ hierauf, unter erneutem, von dem Königlich bayerischen Bevollmächtigten zum Bundesrat Grafen von Lerchenfeld-Koefering ausgebrachten Hoch, in Begleitung der Prinzen des Königlichen Hauses sowie der deutschen Fürstenhäuser, nach allen Seiten huldvoll grüßend, den Saal.

Politische Uebersicht.

Deutschland. Der Kaiser hat die vorgestern nachmittag angesetzte Jagdreise nach Neugattersleben eines leichten Unwohlseins wegen in letzter Minute wieder aufgegeben. Derselbe kehrte deshalb mit der Kaiserin wieder nach dem Neuen Palais zurück. — Wahrscheinlich wird der Kaiser heute gegen Abend zur Jagd nach Letzlingen reisen.

Die Irre von Warden-Hall.

Roman von Albert Hendrichs.

33] (Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Rudward vermißte sie nicht, — niemand und vielleicht würde Graf Otto, wenn er zufällig die Nachricht von ihrem Tode erhielt, bedauern, daß er sie nicht begleitet hatte.

Hatte sie noch weiter geträumt im Schneesturm? Weiter erinnerte sich Agnes Rudward nichts. Als sie zum Bewußtsein erwachte, lag sie in einem weichen, warmen Bette und fremde Leute umstanden ihr Lager.

„Gott sei Dank, das arme Kind lebt!" hatte eine Frau mit Thränen in den Augen ausgerufen.

Agnes hätte sich nicht gewundert, wenn Frau Hetta neben ihr gestanden, glaubte sie doch nicht anders, als sie sei im Himmel. Sie lag nie in einem schneeweißen, warmen Bette und nie vergoß jemals irgend ein Mensch ihretwegen Thränen.

Aber mit einem Male wurde all' ihr Jammer wieder in ihr lebendig. Die Vergangenheit tauchte vor ihr auf. Eine unbestimmte Ahnung dessen, was sich zugetragen, machte die Angst in ihr lebendig, wieder zu Rudward zurückkehren zu müssen.

Sie wollte sprechen, aber kein Laut kam über ihre Lippen. Die Angst verzehrte ihre Züge und dann sank sie wieder in eine tiefe, anhaltende Ohnmacht zurück, aus welcher sie erst nach einer Stunde erwachte. Als sie dann wieder die Augen aufschlug und die freundliche Frau neben sich sah, rief sie aus:

„Bringt mich nicht zurück, sondern laßt mich sterben. Ich mag nicht leben."

Die Frau hatte sie traurig angeblickt.

„Still, mein Kind! Wir sprechen jetzt nicht weiter darüber; erst, wenn Du gesund bist. Aber ängstige Dich nicht, ich lasse Dich nicht fort, wenn Du es nicht willst."

Wie hatten diese Worte sie getröstet und beruhigt! Wie fühlte sie sich gestärkt! Sie sollte hier bleiben, wenn sie nicht fort wollte.

Wochen vergingen, ehe Agnes Rudward sich vollständig erholt hatte und jetzt erfuhr sie erst, wo sie war und wie sie hierher gekommen. Jetzt erst wurde ihr mitgeteilt, daß man sie, vorüberfahrend, im Walde gefunden, anscheinend tot, und daß es erst in der Stadt gelungen war, sie zum Bewußtsein zu erwecken. Aber es war unmöglich gewesen, irgend welche Auskunft von Agnes Rudward zu erlangen, und da Herr und Frau Loreby, welche sie gefunden hatten, ihre Reise unverzüglich fortsetzen mußten, so hatten die in Eile angestellten Nachforschungen zu keinem Resultate geführt.

Sie nahmen Agnes Rudward mit. Das Mädchen war ihnen eine Last, da die Vermögensverhältnisse der Familie Loreby nicht sonderlich einen Familienzuwachs wünschen ließen. Aber Frau Lotta Loreby war so ganz von ihrer Samariterpflicht erfüllt, daß sie es als eine Unmöglichkeit dünkte, das Mädchen nicht eher aus ihren Händen zu geben, bis es vollständig genesen war. Und dann, als Agnes gesund geworden und eine solche entsetzliche Angst bezeigte, nach Warden-Hall zurückzukehren, und Frau Loreby Alles gesagt hatte, was mit ihrer Vergangenheit im Zusammenhang stand, da war diese entschlossen, das Mädchen nicht mehr von sich zu lassen, so energisch ihr Mann auch dagegen war.

Frau Loreby fand es edelmütig, ein menschliches Wesen von dem gewissen Untergange zu retten und sie glaubte, Agnes sei demselben verfallen, wenn sie sich ihrer nicht erbarmte. Das durfte nicht sein, sie hätte es als eine Sünde betrachtet, das Mädchen wieder von sich zu geben und sie wußte diese Ansicht ihrem Gatten in einer Weise zu unterbreiten, daß Herr Loreby unmöglich gegen eine solche Ansicht streiten konnte und er sich endlich, wenn auch mit innerem Widerstreben, in das Unvermeidliche fügte.

Wir müssen hier bemerken, daß Herrn Lorebys Widerwille, Agnes Rudward bei sich zu behalten, nicht unwesentlich durch pekuniäre Rücksichten beeinflußt war und daß er, als er erst die Bemerkung gemacht, daß das Mädchen in sehr hohem Grade bildungsfähig und talentvoll sei, sich vollständig mit diesem Familienzuwachs aussöhnte. Agnes zeigte sich sehr geschickt in allen weiblichen Arbeiten und was in Herrn Lorebys Augen von größter Wichtigkeit war, sehr lernbegierig.

Mit staunenswertem Eifer holte sie alles Versäumte nach. Jetzt erst fühlte sie, was ihr gefehlt; jetzt erst wußte sie, was die Leere ihres Innern ausfüllen konnte, — Wissenschaften, Kenntnisse. Heißhungrig verschlang sie alles ihr Gebotene und Herr Loreby war der Mann dazu, eine Auswahl für sie zu treffen. Er hatte sich lange damit ausgesöhnt, sich nicht mehr von dem Mädchen zu trennen, ja, jetzt half er selbst wacker mit, ihre Herkunft jedem unberufenen Auge zu verbergen. Er fand es zweckmäßig, ihr einen anderen Namen zu geben, da wiederholt Nachforschungen nach der Verlorenen angestellt waren; er war derjenige, welcher zuerst die Entdeckung machte, daß sein Pflegekind eine Rolle in der Welt zu spielen.

Darin hatte sich Herr Loreby nicht getäuscht. Der Gesanglehrer war entzückt von Rosy's Stimme, — so wurde sie jetzt genannt, — er versprach ihr eine glänzende Zukunft, wenn sie diese Stimme ausbilden wolle und Herr Loreby erfaßte mit Eifer diese Idee. Er war selber eine Art von Künstler, aber es hatte ihm nie gelingen wollen, über die Mittelmäßigkeit hinauszukommen, selbstverständlich nur durch die Mißgunst wenig befähigter Kollegen, und so war es ihm nie gelungen, auf diesem Gebiete Lorbeeren zu pflücken.

Nun sollte Rosy den dornenvollen Pfad einer Künstler-Laufbahn betreten, — es war sein fester, unerschütterlicher Wille, trotz der Gegenvorstellungen seiner Gattin und er fand in seiner Pflegetochter selbst eine wackere Bundesgenossin. Anfangs erschrak sie vor einem solchen Gedanken, aber Herr Loreby verstand es, ihren schwachen Widerstand zu besiegen. Sie hätte eben nicht diejenige sein müssen, die sie war, um den glänzenden, farbenprächtigen Bildern, welche ihr Pflegevater ihr mit wahrer Meisterschaft vormalte, den Rücken zu kehren.

(Fortsetzung folgt.)

Der dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf betreffend die Militär-Ersatzverteilung bestimmt: Der Kaiser bestimmt alljährlich die Zahl der in das Heer und die Marine einzustellenden Rekruten. Den Gesamtbedarf für das unter preußischer Verwaltung stehende Kontingent bestimmt das preußische Kriegsministerium, für die übrigen Kontingente die betreffenden Kriegsministerien. Die Verteilung des Ersatzbedarfs für die Marine erfolgt durch den preußischen Kriegsminister. Jener ist dem Reichstage zugegangen der angekündigte Gesetzentwurf betreffend die Friedenspräsenz-Stärke des deutschen Heeres. Derselbe setzt für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. Oktober 1899 die Heeresstärke auf 492 068 Mann Jahresdurchschnittsstärke fest, wobei die Voraussetzung der zweijährigen Dienstzeit der Fußtruppen zu Grunde liegt. Vom 1. Oktober 1893 ab werden formiert 711 Bataillone Infanterie, 477 Escadrons Kavallerie, 494 Batterien Feldartillerie, 37 Bataillone Fußartillerie, 24 Bataillone Pioniere, 7 Bataillone Eisenbahntruppen und 21 Bataillone Train.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes betr. die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung zugegangen. Derselbe bestimmt: „Die gesetzliche Zeit in Deutschland ist die mittlere Sonnenzeit des fünfzehnten Längengrades östlich von Greenwich. Dieses Gesetz tritt mit dem Zeitpunkt in Kraft, in welchem nach der im vorhergehenden Absatz festgesetzten Zeitbestimmung der 1. April 1893 beginnt."

Der Reichshaushaltsetat für 1893/94 ist dem Reichstage zugegangen. Er balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1 273 950 571 Mk. Von den fortdauernden Ausgaben, welche 1 006 300 468 Mk. betragen, entfallen auf den Reichstag 423 213 Mk., auf Reichskanzler und Reichskanzlei 153 460 Mk., auf das Auswärtige Amt 10 105 505 Mk., Reichsamt des Innern 25 841 515, Verwaltung des Reichsheeres 428 171 899, Verwaltung der Kaiserlichen Marine 48 896 249, Reichs-Justizverwaltung 2 054 978, Reichsschatzamt 354 258 840, Reichs-Eisenbahnamt 332 820, Reichsschuld 65 966 000, Rechnungshof 629 883, Allgemeinen Pensionsfonds 44 793 028 u. Reichs-Invalidenfonds 24 472 078 Mk. — Von den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats in Höhe von 82 250 267 Mk., kommen auf das Auswärtige Amt 3 388 600 Reichsamt des Innern 2 397 900, Post- und Telegraphenverwaltung 10 151 203, Reichsdruckerei 219 700, Verwaltung des Reichsheeres 43 103 014, Verwaltung der Kaiserlichen Marine 21 567 250, Reichs-Justizverwaltung 1 200 000, Reichsschatzamt 218 600 und Reichseisenbahnamt 4000 Mk. — Im Außerordentlichen Etat, der mit 185 399 836 Mk. berechnet ist, entfallen auf das Reichsamt des Innern 35 600 000 Mk., die Verwaltung des Reichsheeres 114 023 026, Verwaltung der Kaiserlichen Marine 18 890 000, Eisenbahnverwaltung 13 386 810 und Betriebsfonds 4 000 000 Mk. — Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 602 219 840 Mk. bei den Zöllen und Verbrauchssteuern, 36 514 000 Mk. Reichsstempelabgaben 21 292 277 Mk. Post und Telegraphenverwaltung, 1 393 220 Mk. Reichsdruckerei, 20 745 100 Mk. Eisenbahnverwaltung, 7 117 500 Mk. Bankwesen, 13 375 055 Mk. Verschiedene Verwaltungseinnahmen, 24 672 078 Mk. Reichs-Invalidenfonds, 148 000 Mk. Zinsen aus belegten Reichsgeldern, 508 636 Mk. aus der Veräußerung von Parzellen des ehemaligen Stettiner Festungsterrains, 4 147 232 Mk. Ueberschüsse aus früheren Jahren 355 718 797 Mk. Matrikularbeiträge und Außerordentliche Deckungsmittel 185 399 836 Mk.

Der Abg. Petri hat, unterstützt von der nationalliberalen Fraktion im Reichstag, eine Interpellation eingebracht, in welcher in Anknüpfung an den am 22. Oktober in Straßburg vorgekommenen Fall, daß ein Militärposten auf dem sehr belebten Münsterplatz auf eine angetrunkene Person geschossen hat, an den Reichskanzler die Frage gerichtet wird, „ob bezüglich der zur Zeit geltenden Bestimmungen über den Gebrauch von Schußwaffen seitens der Wachtposten Aenderungen in Aussicht stehen, welche geeignet sind, der Gefährdung des Lebens der Einwohner in wirksamer Weise vorzubeugen.

Wie schon kurz gemeldet wurde, ist zum Nachfolger des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg v. Schweinitz, welcher aus Gesundheitsrücksichten demnächst zurücktritt, General v. Werder ausersehen. Gutem Vernehmen nach wurde bei dieser Wahl einem von dem Kaiser von Rußland direkt ausgesprochenen Wunsche Rechnung getragen. Der Wunsch des Zaren war in einer an den russischen Botschafter Grafen Schuwalow gerichteten Depesche ausgesprochen und wurde bei der Hofjagd in der Görde dem Kaiser im Beisein des Großfürsten Wladimar mitgeteilt. General v. Werder soll schon im Dezember nach St. Petersburg übersiedeln.

Der Senat von Hamburg hat am Dienstag für den Rest des Jahres 1892 und für das Jahr 1893 den Bürgermeister Dr. Johann Georg Moenckeberg zum ersten Bürgermeister und den Senator Dr. Johannes Georg Andreas Versmann zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Italien. Der König, von allen Prinzen des Kgl. Hauses umgeben, hat das Parlament eröffnet. In der Thronrede erwähnt der König zunächst die auswärtige Politik. Der betreffende Passus lautet: „Das seinem Ablauf entgegengehende Jahr wird auf lange Zeit in unserer Geschichte ein denkwürdiges bleiben. Alte italienische Ruhmesthaten gewährten Italien neuen Grund zu berechtigtem Stolze und Sicherheitsgefühl. Mein Herz ist noch erfüllt von unvergeßlicher Bewegung über die Huldigungen, welche die Vertreter der meisten Nationen der zivilisierten Welt mir kürzlich in Genua dargebracht haben. Diese Huldigungen sind mir um so angenehmer, als bei der Gemeinsamkeit der Zuneigung und der Ziele, welche mein Haus und mein Volk vereinigen, ich diese Thatsache als eine solche ansehe, welche für mein Volk dasselbe bedeutet wie für mich. Ich erblicke in diesen Ehrenbezeugungen ein allgemeines Zeugnis dafür, daß Italien sich so behauptet, wie es dies seit seiner Wiederherstellung als Nation sich vorgesetzt hat: als eine nie ermüdende Stütze der Eintracht und des Friedens. Ich kann den beteiligten Staaten meine dankbaren Gefühle nicht besser aussprechen, als indem ich dieselben vor den Vertretern der Nation bekräftige. Derartige Kundgebungen sind ein Beweis unserer freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten. Meine Regierung ist zusammen mit den verbündeten Regierungen in wachsamer Sorgfalt bemüht, Europa vor jeder Gelegenheit einer Zwietracht zu bewahren. Inmitten dieser Friedensbürgschaften beginnen Ihre Arbeiten. Ihre Weisheit wird dieselben fruchtbar zu gestalten wissen."

Belgien. Die Internationale Münzkonferenz ist am Dienstag nachmittag in Brüssel im Akademie-Palast durch den Ministerpräsidenten Beernaert mit einer längeren Rede eröffnet worden, in welcher er die Delegierten willkommen hieß und einen geschichtlichen Ueberblick über die Münzfrage gab.

Aus den Parlamenten.

Reichstag.

Berlin, 22. Nov. Der Reichstag trat heute nachmittag gegen 2½ Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf Grund der Geschäftsordnung übernahm der Präsident der vorigen Session Abg. v. Levetzow den Vorsitz, indem er die Versammlung begrüßte. An Vorlagen sind eingegangen: Der Etat nebst Anleihegesetz, der Etat für die Schutzgebiete, der Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Strafgesetzbuchs ꝛc. (lex Heinze), der Entwurf betr. die Anwendung der Vertragszollsätze gegenüber nicht meistbegünstigten Staaten, das Auswanderungsgesetz, Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 222 Mitgliedern; das Haus ist also beschlußfähig.

Berlin, 23. Nov. Die heutige Sitzung des Reichstags wird von dem vorläufigen Präsidenten Abg. v. Levetzow eröffnet. Zunächst findet die Wahl des Präsidiums statt. Es werden per Akklamation die bisherigen Präsidenten Abgg. v. Levetzow-kons. (Präsident), Graf v. Ballestrem Zentr. (1. Vizepräsident) und Dr. Baumbach-freis. (2. Vizepräsident) wiedergewählt, ebenso zu Schriftführern die Abgg. Graf Kleist-Schmenzin, Wichmann, Merbach, Dr. Vorsch, Dr. Hermes (Jauer), Schneider (Hamm), Schmidt (Elberfeld) und Krebs. Reichskanzler General Graf Caprivi begründet sodann die Militärvorlage. Der Satz, daß aus der Ablehnung der Vorlage für Deutschland ernste Gefahren entstehen könnten, wurde durch vielstimmiges und vielsagendes „Hört! hört!" begleitet. Als frühesten Termin des Inkrafttretens der Vorlage bezeichnete er den 1. Oktober 1893. Zu voller Wirkung könne sie erst in 20 Jahren gelangen, aber jedes Jahr der Verzögerung sei ein unwiderbringlicher Verlust für unsere Wehrkraft. Eine Vermehrung des Heeres sei notwendig, um einen Krieg zu vermeiden, den Deutschland niemals beginnen würde. Unter atemloser Spannung des Hauses ging dann der Reichskanzler plötzlich auf die Emser Depeschenangelegenheit ein, die s. Z. viel unnötigen Lärm in der Presse hervorgerufen. Caprivi widerlegte schlagend die unerhörten Angriffe gegen den alten Reichskanzler. Frankreich, so schloß er unter freudigem Beifall, konnte damals nur zwei Dinge erstreben, den Krieg oder die Demütigung Deutschlands. Daß es zu letzterer nicht gekommen, verdanken wir den Männern, die damals die Geschicke des Vaterlandes leiteten. Zur Militärvorlage übergehend hob er dann die Rüstungen und die Revanchegelüste Frankreichs hervor. Was Rußland betreffe, so sei der Zar friedliebend, aber er sei nicht allmächtig gegen die Stimmungen des Volks; auch Rußland habe stark gerüstet. Die Regierung habe keineswegs den Draht mit Rußland zerschnitten, sie habe nur verhindert, daß dieses den Strom aus den Leitungen bringe, welche uns mit Oesterreich und Italien verbinden. Zwischen Rußland und Frankreich habe in den letzten Jahren eine Annäherung stattgefunden, wir müßten deshalb bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gehen. Die Armee sei zu alt, zu schwach und zu lose, wir müßten verstärkend, verjüngend und verbesternd eingreifen; deshalb werde eine Erhöhung des Präsenzstandes um 83 884 Mann vorgeschlagen.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 22. Novbr. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung der Steuerreformvorlagen fort. Finanzminister Dr. Miquel will den ihm vom Staatsminister a. D. Herrfurth gestern gemachten Vorwurf entkräften, daß die Reform einen plutokratischen Charakter habe. Der Minister bespricht dabei die Wirkungen, welche die Reform auf die Arbeiter und den kleinen Gewerbetreibenden, auf die Kleinbauern und die Großgrundbesitzer haben würde. Die Steuerreform bewirke eine verhältnismäßige Entlastung der Wenigsteuerkräftigen und eine Belastung der Steuerkräftigeren. (Beifall.) Abg. v. Ennern (nat.-lib.) hält die Reform für übereilt. Sie berücksichtige die industriellen Kommunen ungenügend. Redner bemängelt besondets die Vermögenssteuer. Generalsteuerdirektor Burghard sucht dem gegenüber wiederholt die Vorlage zu rechtfertigen. Abg. Frhr. v. Huene erklärt, die Zentrumspartei könne ohne die Abänderung des Wahlgesetzes der Steuerreform nicht zustimmen. Das Zentrum sei mit der Ueberweisung der Realsteuern einverstanden. Dem verschuldeten Grundbesitz müsse geholfen werden. Er billige die Aufhebung der lex Huene. Die Ergänzungssteuer sei bei der jetzigen üblen Finanzlage erforderlich, aber die vorgeschlagene Vermögenssteuer müsse in der Kommission abgeändert werden. Der Erlaß der Gewerbesteuer und der Bergwerksteuer könne noch zurückgestellt werden. Man müsse einstweilen das notwendigste zu erreichen suchen. Er hoffe, daß zum Wohle des Vaterlandes etwas Gutes zustande komme.

Berlin, 23. Nov. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung direkter Steuern, sowie der Denkschrift über die Steuerreform fort. Abg. Prof. Dr. Friedberg (natl.) befürchtet, daß in manchen Gemeinden die nicht Grund besitzenden Bürger die alten Steuern außer der Vermögenssteuer weiterbezahlen müssen, während die Gebäudesteuer wegfällig würde. Das Kapital werde überdies durch die geplante Erhöhung der Börsensteuer schärfer getroffen werden. Der Zeitpunkt sei auch wegen der Konkurrenz mit der Militärvorlage für die große Steuerreform ungeeignet. Die vierprozentige Belastung des Vermögens wirke hart. Die Veranlagungsgrundsätze seien geradezu unbegreiflich. Würde der Vorschlag, die Gewerbesteuer und die Bergwerksteuer von der Ueberweisung auszunehmen, angenommen, so wäre die ganze Reform unannehmbar. Redner steht gleichwohl der Reform sympathisch gegenüber, will aber die Schlacken der Vorlage beseitigen. Finanzminister Dr. Miquel: Auch er sei gegen den Vorschlag, die Gewerbesteuer und die Bergwerksteuer von der Ueberweisung an die Gemeinden auszunehmen. Dadurch blieben wir bald in dem Realsteuersystem stecken. Man würde alsdann aus Gründen der ausgleichenden Gerechtigkeit zu der Einführung einer Kapitalrentensteuer kommen, die Unterscheidung zwischen fundiertem und unfundiertem Einkommen würde wegfallen. Ueber die Möglichkeit der von dem Vorredner befürworteten Beibehaltung der indirekten Steuern für die Kommunen seien seit Jahresfrist Erhebungen eingeleitet. Den Grundsatz: direkte Steuern für den Staat, die indirekten für die Gemeinden, halte er für unrichtig und wolle ihn deshalb gar nicht erfüllen. Die Vermögenssteuer sei der relativ beste Weg für eine stärkere Heranziehung des fundierten Einkommens. Das Wahlgesetz werde noch in dieser Session baldthunlichst eingebracht werden. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) hält ebenfalls den Erlaß eines neuen Wahlgesetzes für unerläßlich. Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Herrfurth und glaubt, daß das Ziel der Vermögenssteuer, insbesondere die Lösung der Frage des fundierten und unfundierten Einkommens auf anderem Wege erreichbar sei. Abgeordneter Landrat Hansen-Tondern (freik.) teilt die Anschauungen des Abg. v. Zedlitz. Abg. Rechtsanwalt Dr. Krause-Königsberg (natl.) steht dem Gesamtplan der Reform sympathisch gegenüber, hält auch die Vermögenssteuer für zweckmäßig, dagegen Erbschaftssteuer, wegen der Möglichkeit, daß dieselbe durch Schenkungen unter Lebenden umgangen werde, für unzweckmäßig. Abg. Dr. Alex Meyer-Berlin (freis.) hält die Aufhebung der gesamten Grundsteuer für einen Eingriff in die ganze historische Entwickelung der preußischen Steuern. Die Vermögenssteuer sei schon darum verwerflich, weil man der Regierung damit eine neue unmotivierte und sehr ausdehnbare Steuer in die Hand gebe. Das Haus müsse einen größeren Einfluß auf die Staatsausgaben erhalten. Abg. v. Kröcher (kons.) ist mit den Grundgedanken der ganzen Steuerreform einverstanden und fordert ebenfalls ein neues Wahlgesetz, ohne welches die Steuergesetze unannehmbar seien. Abg. Dr. Bachem (Zentr.) bringt auf eine vorherige Reform des Wahlrechts, selbst auf die Gefahr hin, daß die Steuerreform in dieser Session nicht mehr erledigt werde. Redner hält auch die Vermögenssteuer in der vorliegenden Form für unannehmbar. Nachdem Abg. Schröder (Pole) die Steuerreform im Interesse der Grundbesitzer befürwortet, sich dagegen gegen die Vermögenssteuer erklärt hat, schließt die Generaldebatte. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen während deren der Abg. Herrfurth gegenüber dem Abg. v. Limburg-Stirum erklärt, daß der von letzterem betonte Widerstand der Konservativen gegen ihn als Minister des Innern nicht sowohl in seiner Auffassung des staatlichen Aufsichtsrechts über die Kommunen, sondern darin zu suchen sei, daß man glaubte, er (Redner) sei nicht geneigt, den agrarischen Ideen einen Einfluß auf sich einzuräumen.

Lokales und Provinzielles.

§ **Güterloh**, 24. Nov. [Gemeinde-Versammlung.] Auf die heute abend stattfindende, im Inseratenteil angekündigte Generalversammlung der Ortskrankenkasse I seien auch an dieser Stelle die Angehörigen der Kasse besonders aufmerksam gemacht.

)(**Güterloh**, 24. Nov. [Winter.] Endlich hat der Winter mit der ihm eigenen Strenge Einzug gehalten; überall, wohin das Auge schaut, macht sich in der Natur seine Gegenwart geltend. Baum und Strauch haben einen dem gestrengen Herrscher gefälligen Schmuck angelegt und rufen so einen wunderbar schönen Eindruck hervor. Bei schon jetzt 5—6 Grad unter Null wird hoffentlich auch den Geschäftsleuten Ane Sorge abgenommen, welche ihnen die vorangegangenen fast sommerlichen Tage auferlegt.

— **Güterloh**, 24. Nov. [Das Resultat] der heute morgen vorgenommenen Gemeinde-Verordneten-Wahl in der Gemeinde Amt Güterloh für die Wahlperiode 1893/98 finden die Leser im Inseratenteil der vorliegenden Nummer, worauf hiermit des Besonderen hingewiesen sei.

?,? **Güterloh**, 24. Nov. [Kauft Euren Bedarf am Platze!] Es ist eine große, immer wiederkehrende Unsitte so mancher Kreise, ihren Bedarf an allen möglichen Dingen nicht aus der Stadt zu beziehen, in der sie wohnen, sondern sich ihre Sachen aus benachbarten oder entfernteren Großstädten senden zu lassen. Wer auf dem Lande lebt, dem bleibt in vielen Fällen nichts übrig, als sich eben von auswärts Sachen, die er am Platze nicht bekommt, zu verschreiben. Der Bewohner von mittelgroßen Städten vermag aber im Allgemeinen keinen stichhaltigen Grund für sein „Auswärtskaufen" anzugeben. Jedes Geschäft, auch in der mittleren und kleineren Stadt, ist, Ausnahmen immer abgerechnet, mit allen Neuheiten versehen.

Niemand kennt die Bedürfnisse der Kunden am Platze besser, als der Kaufmann am Platze, dem ja eben in seinem Geschäfte alle Wünsche der Bevölkerung zu Ohren kommen. Sein Lager wird deshalb schon in seinem eigenen Interesse so reichlich als möglich sein. Er wird auch ferner seine Auslage zu einer anreizenden Spezial-Ausstellung zu machen. Das kostet ihm viel Mühe und oft ein gutes Stück Geld; trotzdem ist in vielen Fällen seine Mühe vergebens: die Leute, die kaufen wollen und können, was er in seinem Laden hat, kommen nicht zu ihm, sondern verschreiben sich die Sachen von auswärts, aus einer Hauptstadt, blos weil sie das Vorurteil nicht los werden können, dort zu billigeren Preise bessere Sachen zu erhalten. Würde das Publikum von dieser Praxis wirklichen Nutzen haben, so könnte man mit gutem Gewissen dafür Partei nehmen. Aber das ist thatsächlich durchaus nicht der Fall. Wir sind deshalb der Meinung, daß die Bewohner einer Stadt geradezu moralisch verpflichtet sind, so lange am Platze einzukaufen, als die Kaufmannswelt mit ihren Angeboten den Nachfragen die Wagschale hält. Diese Verpflichtung erwächst dem Publikum schon daraus, daß der Geschäftsmann ebenso die städtischen Lasten zu tragen hat, wie jeder andere Bürger. Wohin soll aber der Geschäftsmann kommen, wenn gerade die leistungsfähigsten und kaufkräftigsten Bürger auswärts einkaufen? Bei solchen Zuständen geht nicht nur Lust und Liebe zum Geschäft verloren, sondern auch die Fähigkeit, das Geschäft blühend zu erhalten. Der Schaden, der daraus der Kaufmannschaft und damit wieder dem ganzen Publikum erwächst, ist in moralischer und pekuniärer Beziehung sehr groß. Und das Publikum hat die Verantwortung für den schlechten Geschäftsgang mit zu tragen, denn in seiner Hand liegt es, durch Kauf am Platze dem flauen, unlohnenden Geschäftsbetrieb auf die Beine zu helfen. Möge das Jeder beherzigen, denn von jedem Bürger der Stadt verlangt man, daß er für seine Mitbürger sorgt: Eine Hand wäscht die andere, das gilt auch hier: An unsere Leser aber richten wir zum Schluß noch das Ersuchen, bei ihren Einkäufen möglichst diejenigen hiesigen Geschäfte zu berücksichtigen, welche ihre Waren durch diese Zeitung anpreisen, und den Erfolg des Inserierens ihnen dadurch zu bekunden, daß man sich auf unsere Zeitung beruft.

§ **Güterloh**, 24. Nov. [Frech.] Der schon oft wegen Rohheitsakte vorbestrafte gewerblose Heinrich Sch. erschien am letzten Sonntag abend in betrunkenem Zustand in der Lütgert'schen Wirtschaft und verlangte Getränke, welche ihm der Wirt verweigerte. Darauf belästigte dieser Mann die Gäste dermaßen, daß ihm wiederholt das Haus verwiesen wurde, ohne daß er sich fortmachte. Es mußte seine gewaltsame Entfernung, welcher er den heftigsten Widerstand entgegensetzte, erfolgen. Trotzdem drang er in Gemeinschaft mit einem Genossen ins Haus, bewaffnet mit einem offenen Messer. Der herbeigerufene Polizeibeamte verhaftete diesen Hausfriedensbrecher. Das Nachspiel ergiebt sich, wie schon häufig, am Schöffengericht.

— **Güterloh**, 24. Nov. [Brandwunden.] In einer hiesigen Brennerei zog sich ein Brennknecht, welcher sich vor dem Kaffeetrinken an die Maschine gesetzt hatte und dem Aufgießen des Kaffeewassers zusah, dadurch größere Brandwunden an beiden Beinen zu, daß der mit kochendem Wasser gefüllte Kaffeekessel umstürzte. Auch die mit dem Kochen des Kaffees beschäftigte Magd erhielt eine Brandwunde am Fuß.

Brackwede, 21. Nov. [Masern] herrschen hier jetzt unter den Kindern, sowohl unter den noch nicht schulpflichtigen wie unter den letzteren. In mehreren Klassen sollen beispielsweise ein Drittel bis über die Hälfte der Schüler im Unterrichte fehlen. Oft kommen auch Kinder aus der Schule zurück, bei denen die Krankheit während der Unterrichtsstunden zum Ausbruch kam.

Bielefeld, 22. Nov. [Schwurgericht.] Aus der Untersuchungshaft wurde vorgeführt der Maurer Johann Anton Hellweg aus Herford. Derselbe ist beschuldigt, am 16. Dezember 1891 vor dem Königlichen Schöffengericht zu Herford einer zur Abnahme von Eiden berufenen Behörde in der Strafsache contra Gebrüder Maurer Aschentrup von Herford den vor seiner Vernehmung geleisteten Eid wissentlich durch ein falsches Zeugnis verletzt zu haben. Der Angeklagte behauptet, daß das, was er am 16. Dezemb.. 1891 unter Eid ausgesagt habe der Wahrheit entspräche. Die Beweisaufnahme mußte zu seinen Gunsten ausgefallen sein, denn die Fragen nach wissentlichem und fahrlässigem Falscheid, welche den Geschworenen vorgelegt wurden, wurden beide verneint. Der Schwurgerichtshof erkannte auf Grund dieses Wahrspruches auf die Freisprechung des Angeklagten. — Damit sind die diesjährigen Schwurgerichtssitzungen beendet.

Detmold, 22. Nov. [Ein ruchloser Diebstahl] ist hier am vorigen Sonntag verübt worden. Nach Schluß der Sonntagsschule fand Herr Küster Meyer den Opferstock, welcher am Eingang der herrschaftlichen Prieche aufgestellt ist, erbrochen. Der Dieb muß in die vordere Kirchenthür eingedrungen sein, da die hintere Thür verriegelt war. Den erbrochenen Opferstock hat der Kirchendiener Herr Grote am Abend des Tages auf dem Abort gefunden. Der Opferstock enthielt die Gaben der Früh- und Hauptkirche. Bis jetzt ist es leider noch nicht gelungen, den Thäter zu erwischen.

Horstmar, 23. Nov. [Hier wütet die Masern-Epidemie] in hohem Maße, fast Haus bei Haus liegen Kinder an den Masern krank darnieder, auch viele Opfer forderte die heimtückische Krankheit bereits. Am Sonnabend wurde in einer Familie ein Kind beerdigt und schon am Abend desselben Tages beklagten die Eltern den Verlust eines zweiten.

Jöckum, 21. Nov. [Masern.] Unter den Schulkindern sind hier die Masern ausgebrochen. Aus einer Schule sind bereits 25 Kinder erkrankt.

Emsdetten, 22. Nov. [Brand.] Gestern Abend um 1/211 Uhr ertönten plötzlich die Brandsignale der freiwilligen Feuerwehr und weckten die Bewohner des Dorfes aus ihrem ersten Schlafe. In dem umfangreichen Fabrik-Etablissement (Weberei) der Firma Franz Mülder & Sohn war Feuer ausgebrochen. Dasselbe griff mit rasender Geschwindigkeit um sich, und es schien, bevor die stets eiligst zur Wehr mit Geräten am Platze sein konnte, als sei keine Möglichkeit vorhanden, weder von den Gebäuden und deren kostbarem Inhalt von Maschinen, Garnen und fertiger Ware noch von der Umgebung etwas zu retten. Zum Glücke herrschte vollständige Windstille und so gelang es der unermüdlich thätigen, vollständig vereinten Mannschaft der freiwilligen Feuerwehr, des Feuers Herr zu werden und auf seinen Herd zu beschränken. Die Webesäle sind verschont geblieben, jedoch das Garnlager, eine große Menge fertiges Leinen und sämtliche Vorbereitungsmaschinen sind total vernichtet worden. Der Schaden, den das Feuer angerichtet hat, ist noch nicht zu übersehen. Die Fabrik ist bei der Vaterländischen Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Elberfeld angemessen versichert. Das Unglück trifft somit in der Hauptsache die armen Arbeiter, welche ohne lohnende Beschäftigung geworden sind.

Unna, 22. Nov. [Beerdigung.] Unsere Stadt glich heute nachmittag, wo die Opfer der furchtbaren Brandkatastrophe vom Samstag zur letzten Ruhe bestattet wurden, einem großem Trauerhause. Aus den Häusern und von den Dächern wehten Trauerfahnen. Die brennenden Gaslaternen waren mit schwarzem Flor eingehüllt und die sämtlichen Geschäftslokale während der Stunden der Beerdigungsfeierlichkeiten geschlossen. In den Straßen herrschte von Mittag an ein sehr bewegtes Leben. Von allen Seiten und mit allen Bahnzügen strömten große Menschenmassen nach hier, trotzdem aber herrschte eine fast totenähnliche Stille unter den Massen und nur selten war ein leises Flüstern bemerkbar. Unter den Verunglückten befanden sich auch einige Mitglieder der Feuerwehr, aus welchem Grunde es sich zahlreiche Feuerwehren aus der Nähe und Ferne nicht hatten nehmen lassen, den in Ausführung ihrer Pflicht verunglückten Kameraden die letzte Ehre zu erweisen. Außer den Mitgliedern des Festausschusses des Westfälischen Feuerwehrverbandes zählte man an 15 Vereine, die in fast voller Stärke erschienen waren. Der allgemeine Sammelpunkt war der Marktplatz, von wo aus, kurz vor 3 Uhr nachmittags, unter dem Trauergeläute der Kirchenglocken der Leichenzug sich in Bewegung setzte, so großartig, wie ihn unsere Stadt bisher noch nicht gesehen hat. Denn mit Kränzen und Blumen förmlich überladenen Leichenwagen voran schritten die Feuerwehrvereine und die Vereine der Stadt Unna. Hinter dem Leichenwagen folgte ein nach tausenden zählendes Trauergefolge. Auf dem weiten Gottesacker, wurden auf dem grünen, zum Kirchhof gehörenden Wiesenplan die acht Särge, welche die Ueberreste der Verunglückten bargen, aufgestellt. Nach dem Choral „Christus ist mein Leben" fand durch die katholische Geistlichkeit die Einsegnung der Verstorbenen, von denen 4 Katholiken waren, statt, worauf Herr Pastor von Velsen an den vier Särgen der Verunglückten evangelischer Konfession eine ergreifende Rede hielt, unter Zugrundelegung der Worte des Propheten Jesaias: „Alles Fleisch ist Heu." Nach der Leichenrede löste sich die große Versammlung auf und es erfolgte die Beisetzung der einzelnen Leichen in die verschiedenen Gräber.

Elberfeld, 22. Nov. [Ein gräßliches Unglück] hat sich gestern abend auf der Bahnstrecke Elberfeld-Kronenberg ereignet. Heute früh fand der Zugführer des ersten Zuges am Chausseeübergange bei Kronenfeld auf dem Geleise die fürchterlich verstümmelte Leiche eines noch jungen Menschen, eines Bohrschmiedegesellen von Dahr. Wahrscheinlich ist der junge Mann gestern von dem letzten Abendzuge überfahren worden. Andererseits verlautet, man habe den Kragen und die Manschetten des Todten eine ganze Strecke von dem Fundorte der Leiche entfernt gefunden, und man schließt daraus, der junge Mensch müsse vorher ermordet und dann auf das Geleise geschleppt worden sein. Näheres bleibt abzuwarten.

Viehzählung.

Das königliche Statistische Bureau veröffentlicht eine Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und die Ausführung der Viehzählung am 1. Dezember d. J. Diese Viehzählung, die dritte in Preußen, ist wegen ihres Zusammenhangs mit der Volkszählung, jetzt auf denselben Jahrestag verlegt worden, an dem die Volkszählungen stattfinden, während 1873 und 1883 der 10. Januar als Zähltag angenommen war. Das Vieh wird nicht nach Haushaltungen oder Häusern sondern nach Gehöften gezählt; für die Aufnahme des Viehbestandes bildet die Ortsanwesenheit die Grundlage. Es haben also auch Schlächter und Händler die bei ihnen stehenden zum Schlachten oder Verkauf bestimmten Tiere, insofern sie nicht etwa erst am 1. Dezember d. J. gekauft sind, aufzuführen. Vieh, welches am Zählungstage nur vorübergehend auf Reisen, Fahren ꝛc. abwesend ist, ist bei dem Gehöfte, zu welchem es gehört, zu verzeichnen, da aber, wo es vorübergehend anwesend ist, z. B. in Wirtshäusern, Auspannungen ꝛc. unberücksichtigt zu lassen. Indem das Statistische Bureau auf die hohe Bedeutung der Viehzählung für die Landwirtschaft hinweist, hebt es noch besonders hervor, daß die durch die Viehzählung erlangten Einzelangaben auf den Zählkarten weder von Seiten der Steuerverwaltung noch sonst zu fiskalischen Zwecken verwertet werden.

Industrie, Handel und Verkehr.

Zur Frage der Gefängnisarbeit liegt eine Aeußerung des Grafen Eulenburg vor. Der Minister hat auf eine Eingabe des Innungsverbandes deutscher Korbmacherinnungen um Aufhebung der Korbmacherarbeit in den Gefängnissen vor Kurzem folgende Antwort erteilt:

„Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf die gefällige Eingabe vom 7. Oktober d. J. ergebenst, daß bei der Gestaltung der Arbeit in den Straf- und Gefangenanstalten meines Ressorts auf die Verhältnisse der freien Arbeit die sorgfältigste Rücksicht genommen wird, um eine Schädigung der freien Arbeiter nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wird darauf gehalten, daß die Gefangenen in einer möglichst großen Zahl von Arbeitszweigen beschäftigt werden, damit der Wettbewerb der Gefängnisarbeit bei den einzelnen Arbeitszweigen weniger fühlbar wird. Es ist daher nicht wohl angängig, einen Arbeitszweig, wenn er sonst mit den Strafzwecken und den Einrichtungen der Strafanstalten verträglich ist, von dem Betriebe durch Gefangene auszuschließen, weil dadurch eine Belastung anderer Arbeitszweige bedingt würde. Mit Rücksicht auf die Klagen des Korbmachergewerbes ist schon früher darauf Bedacht genommen, die Zahl der darin beschäftigten Gefangenen zu vermindern, dagegen bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, ein Verbot der Anfertigung von Korbwaren in den Straf- und Gefangenanstalten meines Ressorts in Aussicht zu stellen."

Vermischtes.

* [Der Vorstand des Verbandes der Tierschutzvereine des Deutschen Reiches] veröffentlicht im Namen einer Anzahl Tierschutzvereine, welche zusammen 48 550 Mitglieder umfassen, nachstehende Erklärung: „Der Distanzritt Berlin-Wien und umgekehrt hat mannigfache Tiermißhandlungen schlimmster Art hervorgerufen. Wir müssen gegen dieselbe energisch Protest erheben, um so mehr, da bei der Eigenart des Rittes und der für denselben geltenden Bestimmungen, welche zum Teil erst während des Rittes zur Kenntnis weiterer Kreise gelangten, es den deutschen Tierschutzvereinen benommen war, durch geeignete Schritte Maßnahmen zur Verhütung von Tierquälereien zu erwirken. Wir verurteilen diese Tiermißhandlungen auf das Schärfste und halten uns dabei der Zustimmung aller derer versichert, welche in unseren Bestrebungen die Arbeit an einer Kulturaufgabe unserer Zeit erblicken. Um die uns zu Gebote stehenden Mittel zur Vorbeugung der Wiederkehr ähnlicher Tierquälereien nicht außer Acht zu lassen, wenden wir uns an den deutschen Reichstag mit der Bitte, diese hohe Versammlung möge ihre Einwirkung auf die Reichsregierung in diesem Sinne geltend machen. Der Vorstand des Verbandes der Tierschutzvereine des Deutschen Reiches, Otto Hartmann, Dr. Ulrich, Dr. med. Greve, W. Hetzel." — Dem Dresdner Tierschutzverein, der unlängst in einer ziemlich energisch gehaltenen Eingabe an das Ministerium des Innern gegen eine etwaige Wiederholung des Distanzrittes vorstellig geworden war, ist die Antwort geworden, daß die erwähnte Eingabe zweifellos manches Zutreffende enthalte. Zu einer direkten Einflußnahme sei jedoch das Ministerium des Innern nicht zuständig, jedoch habe es Veranlassung genommen, mit dem Kriegsministerium ins Einvernehmen zu treten und es sei nach dessen Rückäußerung mit Bestimmtheit zu erwarten, daß, falls überhaupt eine Wiederholung solcher Distanzritte ins Auge gefaßt werden sollte, die bei dem letzten Ritt gemachten Erfahrungen nicht unbeachtet bleiben werden.

* [3½ Monate Fabrikarbeiterin.] Ueber die unter diesem Titel herausgegebene und von uns neulich erwähnte Broschüre schreibt das „Chemnitzer Tageblatt" folgendes: „Ermittelungen haben ergeben, daß Frau Dr. Wettstein-Adelt sich im ganzen nur 17 Tage in unserer Stadt aufgehalten hat. Sie ist am 4. Juni d. J. mit ihrem Manne und einem Kinde hier angekommen, in einem hiesigen Gasthause abgestiegen und hat nachweislich am 21. desselben Monats Chemnitz wieder verlassen. Konnte dem Buche selbst unter der Voraussetzung, daß alle darin enthaltenen Angaben auf Wahrheit beruhten, nur ein sehr bescheidener sozialpolitischer Wert zugesprochen werden, so muß er nach dem Bekanntwerden dieser Thatsachen auf Null herabsinken. Man denke: In dem Zeitraume von 17 Tagen will die Dame die materiellen und sittlichen Zustände in einer nach vielen Tausenden zählenden Arbeiterinnenschaft erforscht haben! Nach den angestellten Ermittelungen hat die Frau Doktor überhaupt nur zwei und einen halben Tag in einer Fabrik wirklich gearbeitet, in einer andern hat sie sich lediglich als Zuschauerin aufgehalten". Weiterhin werden der Dame „ungeheuerliche Uebertreibungen" vorgeworfen. Alles in allem genommen, stehe sie „mit der Wahrheit auf äußerst gespanntem Fuße."

* [Der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika] ist einer der reichsten Männer seines Landes, denn sein Vermögen soll nicht weniger als zwanzig Millionen Dollars betragen. Cleveland kann daher ein ganz sorgloses Leben führen und ist nicht auf das ohnehin nicht unbedeutende Präsidentengehalt angewiesen. Es dürfte aber von Interesse sein, zu erfahren, daß Cleveland den Grundstock zu seinem Riesenvermögen gerade dadurch legte, daß er im Jahre 1885 zum ersten Male zum Präsidenten erwählt wurde. Ein im Jahre 1865 verstorbener Pittsburger Millionär hatte nämlich seinen ganzen Besitz dem ersten Demokraten, der zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden würde, hinterlassen. Als nun Cleveland 1885 gewählt wurde, wurde ihm als dem ersten Mitgliede der demokratischen Partei, das den Präsidentenstuhl besteig (vom Jahre 1865 an gerechnet), die Hinterlassenschaft des Pittsburgers zugesprochen; diese belief sich samt den Zinsen und Zinseszinsen auf 5 Millionen Dollars und bildete die solide Basis zu den 20 Millionen, die Cleveland seither als sein Eigentum aufgehäuft hat.

* [Erraten.] Herr (nachdem ihm ein Vagabund seine Uhr und sein Portemonnaie abgenommen): „Ei Herrchesles, mei Kutscher, ich globe Sie meenens nich ganz ehelich mit mir?"

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 25. November.
Neue Kirche:
Morgens 10 Uhr: Pastor Meinshausen.

Sonnabend, den 26. November.
10 Uhr Beichte in der neuen Kirche.
Pastor Meinshausen.



Zu Ostern findet ein

Lehrling

mit guten Schulkenntnissen Stellung bei **Georg Jasper.**

Zwiebeln

und

eingem. Gurken

zu haben bei

H. Sundermann.

Wollene und baumwollene

Unterzeuge

in **bester Ware** empfiehlt

L. A. Jörgens.

REHE,

sowie **mehrere Hundert**

Hasen

vorrätig bei

H. Sundermann.

Zeige hierdurch ergebenst an, daß ich von heute ab den Verkauf meines **Schwarzbrotes** für Gütersloh und Umgegend dem Herrn **H. Sundermann** dort übertragen habe.

H. Jacke,
Isselhorst.

Im Ausverkauf

empfehle

Unterzeuge

zu billigen Preisen.

Js. Langbein.

Heringe,

mariniert und gesalzen,
letztere **12** Stück **50** Pfg.

H. Sundermann.

Winter-

Handschuhe

in den verschiedensten Qualitäten **billig und gut** bei

L. A. Jörgens.

Bekanntmachung.

Zu **Administratoren** der hiesigen städtischen **Sparkasse** für die Wahlperiode 1893, 1894 und 1895 sind gewählt und von uns bestätigt:

1) Rentner **H. Niemöller,** Vorsitzender,
2) Kaufmann **Conr. Gütß,**
3) „ **Ferd. Bartels,**

Zu Stellvertretern:

4) Kaufmann **Rich. Plange,**
5) „ **B. Oldermann,**
6) „ **Ludwig Lohmeyer.**

Gütersloh, den 21. November 1892.

Der Magistrat.
Plangelsdorf.

Bekanntmachung.

Bei der heute vorgenommenen Gemeinde-Verordneten-Wahl in der Gemeinde Amt Gütersloh sind für die Wahlperiode 1893/1898 nach Vorschrift des § 28 der Landgemeinde-Ordnung vom 19. März 1856 zu Gemeinde-Verordneten gewählt:

1. **Fabrikant Heinr. Wolf,** Nr. 73 **zu Pavenstädt** von der I. Abteilung.
2. **Kolon Ludwig Gesterheiweg,** Nr. 6, **zu Nordhorn** von der II. Abteilung.
3. **Kolon Fielake gut. Krümpelmann,** Nr. 8, **zu Blankenhagen,** von der III. Abteilung.

Außerdem Rentner Herr **Jug. Pelino,** Nr. 87, **zu Sundern** von der I. Abteilung als Ersatzmann für den zum Gemeindevorsteher ernannten Meier Rafzfeld für den Rest von dessen Wahlperiode.

Es wird dieses mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß etwaige Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl 2 Wochen nach dieser Bekanntmachung beim Gemeindevorstande anzubringen sind.

Gütersloh, den 24. November 1892.

Der Amtmann.
Baasch.

L. A. Jörgens
empfiehlt
Wintermäntel u. Jacketts.

Sonntag, den 27. ds. Mts.,
von 4 Uhr ab

KONZERT,

(französische Besetzung),
ausgeführt von einem Teile der Bielefelder Kapelle.
Entree 30 Pfennig.
Nachdem: BALL.

Hierzu ladet ergebenst ein

Wwe. Zurmühlen.

Ortskrankenkasse Nr. I.

Zu der auf **Donnerstag, den 24. November cr., abends 8½ Uhr,** im evangelischen Vereinshause hierselbst anberaumten

General-Versammlung

der Ortskrankenkasse Nr. I werden sämtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieser Kasse hierdurch eingeladen.

Tages-Ordnung:

1) Regelmäßige Umwahl des Vorstandes sowie Ersatzwahl für ein ausgetretenes, der Klasse der Arbeitnehmer angehörendes Vorstandsmitglied.
2) Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung pro 1892.
3) Vorlegung des vom Bezirksausschuß zu Minden genehmigten neuen Kassenstatuts.

Der Vorstand.

Nachdem ich beim hiesigen Justizrat beschäftigt gewesen bin, beabsichtige ich, mich am hiesigen Platze als

Kommissionair

niederzulassen. Ich halte mich daher zur **Aufnahme von Anträgen,** insbesondere **Zahlungsbefehlen, Klagen, Verträgen, Schuldurkunden, Cessionen, Löschungsbewilligungen, Vormundschaftsrechnungen u. s. w.** bestens empfohlen. Hochachtungsvoll

L. Birkholz. Kökerstraße.

Gas-Glüh-Licht.

Patent Dr. Auer.

Vorzüge:

Weisses Licht.
Geringe Wärme,
kein Rauch od. Russ,
ruhiges Glühen.

Farbenunterscheidungen wie bei Tageslicht.
Auf jedem Gasbrenner sofort anzubringen.
Bedeut. Gasersparnis.

Zur Lieferung und Anbringung empfiehlt sich

F. Schwenk, Klempner.

Weber-Klub

zum gemütlichen Gottfried.
Samstag, den 26. d. M.,

Unterhaltungs-Abend.

Prima Kleiderdruck

per Kleid 6 Meter **2.70 Mk.**
Handtücher, Küchentücher,
am Stück und abgepaßt.

Js. Langbein.

Wollene Flanelle
und **bedruckte**

Barchende

empfiehlt

L. A. Jörgens.

Hausfrauen prüfet



Eine Messerspitze voll ersetzt 1 Loth feinsten Bohnenkaffee. Ueberall zu haben.

Magdeb. Sauerkraut, Rotkohl u. Wirsing,

sowie alle übrigen **Gemüse** empfiehlt

H. Sundermann.

Noch nicht wieder da!

Am **Sonntag,** den **13. d. Mts.,** bei Gelegenheit des Vortrages des Herrn Lehrer Schacht im „Schankhaus zur Krone" ist ein

Spazierstock abhanden gekommen.

Der jetzige Besitzer wird freundlichst gebeten, denselben bei Herrn Georg Pöllklösener wieder abzugeben.

Visitenkarten,
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung, empfehlen
Heinrich & Olbricht.

Die Modenwelt.

Illustrirte Zeitung für Toilette und Handarbeiten.



Jährlich:
24 Nummern mit **2000 Abbildungen,**
24 Schnittmuster-Beilagen mit **250 Muster-Verzeichnungen,** **12 große farbige Modenbilder** mit 60—90 Figuren.

Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf. — 10 Nr.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. Probe-Nummern gratis und franco bei der Expedition
Berlin W. 35. — Wien I. Operng. 6.
Mit jährlich zwölf großen farbigen Modenbildern.

Eine

silberne Uhrkette

mit **Berloques** verloren. Wiederbringer erhält Belohnung. Abzugeben in der Exped. d. Bl.

Atelier

für künstliche Zähne u. Zahnkrankheiten
von

H. Schemmel,
Bahnhofstrasse 476.
— Dienstags verreist. —

Alle diejenigen, welche noch Forderungen an mich haben, werden ersucht, solche innerhalb 14 Tagen bei mir geltend zu machen.

Wtw. Stadtler,
Berlinerstraße 435.

Unregelmäßigkeiten in der Zustellung dieser Zeitung durch Verschulden unserer Boten wolle man umgehend zu unserer Kenntnis gelangen lassen, damit diesem Uebelstande abgeholfen werden kann. Beschwerden bei den Boten selbst bleiben in der Regel erfolglos.

Die Expedition.